

Argumentationshilfe

Vorurteile gegen die EU

Was hat die EU für Dich getan?

Die EU ist die beste Antwort auf die globalen Krisen unserer Zeit und prägt dabei konkret unseren Alltag: Egal ob einheitliches Ladekabel, kostenloses Roaming im Urlaub, europäischer Mindestlohn, gesicherte Lebensmittelqualität oder Label, die dir an der Ladentheke die Wahrheit sagen - die EU vereinfacht das Arbeiten, Reisen, Leben, Lieben und Handeln über Grenzen hinweg. Europäische Zugstrecken, Kulturfestivals oder Austauschprogramme prägen selbstverständlich unser Miteinander.

Im Kern ist die EU ein Friedensprojekt. Seit über 70 Jahren ist sie Garant für Frieden und Demokratie. Wo uns einst Frontlinien und Stacheldraht trennten, später dann Mauern und Grenzposten, überwiegen nun Zutrauen und Zusammenhalt. Spätestens mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ist das keine Selbstverständlichkeit mehr. Der Krieg erinnert uns daran, welchen Schutz die EU für uns alle bedeutet. Wir schützen sie, damit sie uns schützen kann.

Wie kein zweiter Mitgliedstaat profitiert Deutschland vom europäischen Binnenmarkt - der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt. Mehr als die Hälfte unserer Exporte geht in andere EU-Länder. Laut einer Bertelsmann-Studie steigert der Binnenmarkt den Wohlstand in Deutschland jährlich um durchschnittlich 1.046 Euro pro Person. Mit dem EU Green Deal haben wir uns gemeinsam auf den Weg zum klimaneutralen Kontinent gemacht, der die Zukunft der nächsten Generationen und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sichert.

All das macht die EU zum Bollwerk für Frieden, Demokratie, Wohlstand und Entwicklung.

Die EU und die Abgeordneten sind korrupt

Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger*innen. Ein Bestechungsskandal wie Katargate Ende 2022 mit 150.000 Euro in bar für die sozialdemokratische Vize-Präsidentin Eva Kaili und 1,5 Mio für alle Hauptverdächtigen schadet diesem Vertrauen massiv. Die allermeisten Europaabgeordneten und EU-Kommissar*innen sind aber nicht bestechlich. Europaparlament und EU-Kommission haben sich stärkere Regeln für Lobbytransparenz und gegen Korruption gegeben als es z.B. in Berlin gibt. Es gibt schon länger in Brüssel als in Berlin ein Lobbyregister. Anders als bisher in Berlin müssen Kommissar*innen und EU-Abgeordnete ihre Lobbytreffen veröffentlichen. Nach Katargate konnten wir auch die Offenlegung von Vermögensverhältnissen der Abgeordneten durchsetzen.

Ein Problem war bisher, dass Verstöße gegen diese überdurchschnittlich guten Regeln zu wenig geahndet wurden. Um die bisher unwirksame Selbstkontrolle von Lobbytransparenzregeln in Kommission und Parlament zu beenden, konnten wir ein unabhängiges Gremium einführen, das die Regeln für alle EU-Institutionen überwachen kann. Bei der Einsetzung dieses neuen EU-Ethik-Gremiums direkt nach der Europawahl werden wir uns dafür einsetzen, dass es möglichst unabhängig Regeln überwachen und durchsetzen kann. Besonders viel zu tun gibt es für mehr Transparenzregeln im Rat der Mitgliedstaaten, obwohl der Rat mit dem Europaparlament gleichberechtigter Gesetzgeber ist. Wir werden weiter dafür Druck machen, dass die gleichen Transparenzregeln und unabhängige Kontrolle auch für den Rat gelten.

Wir unterstützen die Ausweitung der Strafbarkeit

der Abgeordnetenbestechung und -bestechlichkeit auf EU-Ebene, um auch das Strafrecht noch besser für die Korruptionsbekämpfung zu nutzen.

Die EU ist ein Bürokratiemonster

Im EU-Haushalt sind nur ungefähr 6 Prozent für Personal und Verwaltung vorgesehen. Verglichen mit dem öffentlichen Dienst in Deutschland fällt die europäische Verwaltung eher schlank aus: In den europäischen Institutionen arbeiten rund 55.000 Menschen, davon etwa 32.000 für die EU-Kommission. Damit kommt ungefähr eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter auf 10.000 Einwohner*innen. Zum Vergleich: Die Stadt Köln allein hat beispielsweise ein Stammpersonal von über 20.000 Menschen. Mit einer Einwohnerzahl von ungefähr einer Million ergibt das in Köln ein Verhältnis von einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter für 55 Einwohner*innen.

Ein gewisses Maß an Bürokratie durch Regulierung ist durchaus sinnvoll, denn sie schützen die Menschen und machen es Unternehmen, die in mehreren Ländern arbeiten einfacher: sie müssen nur eine statt 27 Regeln befolgen. Beispielsweise sorgen die EU-Umweltnormen dafür, dass wir europaweit sauberes Trinkwasser und bessere Luft haben und schützen damit unsere Gesundheit und Lebensqualität. Mit der Datenschutz-Grundverordnung schützt die EU unsere Grund- und Bürgerrechte analog und digital und schafft gleiche Wettbewerbsbedingungen auf dem Binnenmarkt. All das wäre ohne gemeinsame europäische Regeln deutlich schwieriger zu erreichen gewesen.

Dennoch gibt es auch in der EU berechnete Forderungen nach Bürokratieabbau. Manche Gesetzesvorschriften erweisen sich als mittlerweile überholt, andere in der Praxis als untauglich. Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung aller Regulierungen ein, um bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen, wieder zu streichen. Dabei wollen wir besonders auf die Auswirkungen von Gesetzen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) achten, die KMU-Tests verbessern und angemessene Ausnahmen und Über-

gangsfristen für KMU in neuen Gesetzen einbauen. Ein zentrales Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der Verwaltung. Dadurch können viele Behördengänge entfallen, der Datenaustausch automatisiert und Anträge leichter gestellt werden. Verwaltungsleistungen sollen so weit wie möglich digital erfolgen.

Wir zahlen jeden Tag Millionen an die EU, während bei uns die Schulen bröckeln?

Alle Mitgliedstaaten profitieren von EU-Finanzierung, und Deutschland ist dabei keine Ausnahme. Wo immer man hinschaut, wird man eine Brücke, ein Unternehmen, ein Kultur- oder Forschungsprojekt finden, das von der EU gefördert wurde. Der EU-Haushalt kommt da zum Einsatz, wo es kosteneffizienter und wirksamer ist, Ressourcen zu bündeln und Herausforderungen gemeinsam anzugehen, wie zum Beispiel den Kampf gegen Klimawandel. Wir Grüne haben erreicht, dass mindestens 30% des Gesamtbetrags des EU-Haushalts und des Corona-Wiederaufbauplans in Klimainvestitionen fließen müssen. Damit wird der Aufbau von europäischen Wasserstoffnetzen ebenso gefördert wie Forschungsprojekte, etwa im Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung.

Deutschland ist zwar Nettozahler beim EU-Haushalt, aber auch wir profitieren von vielen Vorteilen, die allen Mitgliedstaaten zu Gute kommen und sich indirekt auch in unseren Geldbeuteln sowie in unserer Staatskasse bemerkbar machen. Dazu gehören Frieden und Stabilität - Grundlage für unsere Freiheit, unsere Demokratie und unseren Wohlstand.

Wie kein zweiter Mitgliedstaat profitiert Deutschland von der europäischen Integration und dem Binnenmarkt - der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt. Mehr als die Hälfte unserer Exporte geht in andere EU-Länder: Damit profitieren wir auch indirekt von den positiven Effekten europäi-

scher Investitionen. Laut einer Bertelsmann-Studie steigert der Binnenmarkt den Wohlstand in Deutschland jährlich um 1.046 Euro pro Person oder um über 83 Milliarden Euro insgesamt. Damit übersteigen die Erträge die Beiträge um ein Vielfaches.

Die EU ist undemokratisch und intransparent

In der Tat handelt es sich in der EU um eine in Teilen komplexe Gewaltenteilung, an der verschiedene Ebenen beteiligt sind. Das kennen wir aber auch aus dem politischen System in Deutschland. So ist unser Bundesrat auch die Vertretung der Landesregierungen und hat bei der Bundesgesetzgebung mitzureden. Ähnlich haben auch die Mitgliedsstaaten in der EU neben Kommission und Parlament eine wichtige Stimme. Wichtig ist dabei: Die Europäische Union kann sich selbst keine neuen Kompetenzen geben und daher nur insoweit handeln, wie sie von den Mitgliedstaaten ermächtigt wurde.

Auch wenn Entscheidungsprozesse in Europa zuweilen mühsam und langwierig sind, so verfolgen sie doch ein klares Ziel: Einen Ausgleich der verschiedenen Anliegen herzustellen, die es in der EU gibt. Mit der Kraft des Wortes und der Diskussion steht am Ende oft ein Kompromiss, der zwar nicht jede und jeden vollends zufrieden stellt, aber alle weiterbringt. Dafür stehen wir ein. Dabei sind alle handelnden Einrichtungen demokratisch legitimiert.

Parlament, Kommission und Rat sind demokratisch legitimiert. Während das Parlament direkt gewählt ist, ist die Legitimationskette vom Bundestag, zur Bundesregierung, zu Ministern bis zu deren Teilnahme im Rat der EU nur länger. Deshalb finden wir, dass das Parlament in dieser Konstellation derzeit eine zu schwache Rolle hat und setzen uns dafür ein, dass das Parlament dem Rat gesetzgeberisch in allen Politikfeldern gleichgestellt wird. Es soll ein vollwertiges Initiativrecht erhalten, damit es eigenständig Gesetze auf den Weg bringen kann. Außerdem

soll es die Kommission auf Vorschlag der Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten wählen und im Notfall wieder entlassen werden können.